

INHALT AUGUST 2005

SEITE 1
VON MUTTERSPRACHE UND WERTEORDNUNG

Integration im Koalitionsvertrag von CDU und FDP

ZAHLENWERK

Deutsche und ausländische Schulabsolventen nach Schulart und Geschlecht in Prozent (2003)

SEITE 2
RECHTSEXTREMISMUS IN DEN GEWERKSCHAFTEN

Studie der FU Berlin

50 JAHRE

ANWERBEABKOMMEN

Kongress von ver.di und IG Metall

BILDUNGSANGEBOTE IM ZWEITEN HALBJAHR

Länderseminar Polen und mehr

SEITE 3

KEIN BLEIBERECHT FÜR IN DEUTSCHLAND AUFGEWACHSENE KINDER

CDU-Länder kippen Vorschlag von Schily

WEGWEISER ZUR EINBÜRGERUNG

Broschüre der Integrationsbeauftragten

EKRI – KOMMISSION GEGEN RASSISMUS UND INTOLERANZ

Berichte zu fünf Ländern

RECHTSCHREIBSCHWÄCHE UNTER DER LUPE

Sprachliche Entwicklung türkeistämmiger Schulkinder

SEITE 4
BETRIEBLICHE AUSBILDUNGSPLÄTZE SCHAFFEN

Kommentar von Ulrich Thöne, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

FEIERTAGE

VON MUTTERSPRACHE UND WERTEORDNUNG

Integration im Koalitionsvertrag von CDU und FDP

Als der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers am 13. Juli 2005 seine Regierungserklärung abgab, wiederholte er zum Thema Integration knapp das, was in der Koalitionsvereinbarung festgelegt wurde. Allerdings fehlte der Satz, der dem Teil der Koalitionsvereinbarung einen gewissen kabarettistischen Charme verleiht: „Die Muttersprache in Deutschland ist Deutsch.“ In Erinnerung an Rüttgers Bewertung des Katholizismus ließe sich auch sagen: „Die Religion in Deutschland ist katholisch.“ Es mag sein, dass der eine oder die andere eine andere Religion hat, nur muss dann daran gearbeitet werden, dass das richtig wird.

Menschen haben eine Muttersprache, Staaten eine (oder mehrere) Verkehrssprachen. Aber um das Beherrschen von Deutsch als Verkehrssprache geht es nicht. Worum es geht, wird deutlich, wenn man zwei Passagen der Koalitionsvereinbarung aneinanderfügt: „Wir wollen, daß (alte Rechtschreibung im Original) alle Kinder am Tag der Einschulung über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen. Das bedeutet eine frühestmögliche Sprachförderung ... Der bisherige ‚mutter-

sprachliche Unterricht‘ wird in dem Maße entbehrlich, in dem es gelingt, durch frühkindliche Förderung die Sprachkompetenz zu entwickeln.“ So umschreibt man Assimilierung.

Realistischer Weise räumt der Koalitionsvertrag ein, dass es Menschen gibt, die eine andere Sprache sprechen, bzw. dass es Fremdsprachen in diesem Land gibt. Das sind „die mitgebrachten Sprachen der Zuwanderer“ und die sind „vor dem Hintergrund der wachsenden Globalisierung und internationalen Vernetzung auf dem Arbeitsmarkt eine Bereicherung“. Daraus lässt sich schließen, dass hin und wieder irgendjemand eine Sprache mitbringen muss, damit es auf dem Arbeitsmarkt eine Bereicherung gibt.

Bemerkenswert übrigens auch die feine Differenzierung: Die „mitgebrachten Sprachen der Zuwanderer ... sind eine Bereicherung“. An anderer Stelle heißt es: „Spätaussiedler sind eine Bereicherung für unsere Gesellschaft.“

Neben Sprache als Integrationsvoraussetzung nennt der Koalitionsvertrag auch das „Bekenntnis zu unserer Verfassung und Werteordnung“. Das hört sich zunächst einmal wie eine Selbstverständlichkeit an. Präziser wäre: „Bekenntnis zur in unserer Verfassung

festgelegten Werteordnung.“ Darüber, was über die im Grundgesetz festgelegten Werte hinaus als „unsere Werteordnung“ gelten kann, lässt sich trefflich streiten. Wenn der Kölner Erzbischof Abtreibung mit dem Holocaust vergleicht, mag das der Werteordnung einer Reihe von Menschen in Deutschland entsprechen. „Unsere Werteordnung“ ist das deshalb noch lange nicht.

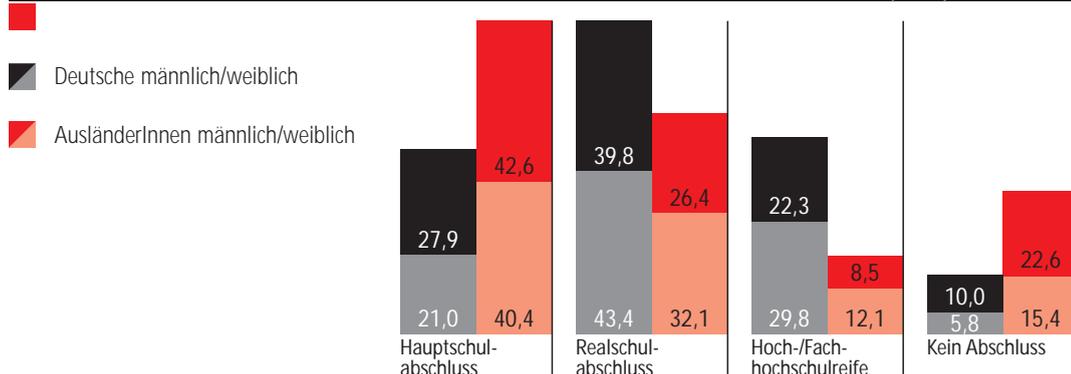
Als konkrete Schritte zur Förderung der Integration durch die Landesregierung von NRW werden in der Koalitionsvereinbarung genannt: „Fachsprachkurse und integrierte Berufspraktika für Jugendliche mit Migrationshintergrund“, „Initiativen für ein Deutsch-Türkisches Jugendwerk“, „Aufnahme der Pflicht zu Integration als Grundprinzip im Kinder- und Jugendhilfegesetz“ und: „Muslimischen Lehrerinnen an öffentlichen Schulen soll das Tragen eines Kopftuchs gesetzlich untersagt werden.“

Der Koalitionsvertrag im Wortlaut: www.migration-online.de/koal-cdu-fdp

Die Bundestagswahl rückt näher – die Aussagen zum Themenbereich Migration in den Wahlprogrammen der im Bundestag vertretenen Parteien finden sich in Kürze im Dossier: www.migration-online.de/dossier-bt-wahl

ZAHLENWERK

Deutsche und ausländische Schulabsolventen nach Schulart und Geschlecht in Prozent (2003)



RECHTSEXTREMISMUS IN DEN GEWERKSCHAFTEN

Studie der FU Berlin

Wenn der Spitzenkandidat des Linksbündnisses Oskar Lafontaine von „Fremdarbeitern“ spricht, die den Deutschen die Arbeit wegnehmen, will man erst einmal seinen Ohren nicht trauen. Doch entsprechen diese rechts entliehenen populistischen Formulierungen offensichtlich den Ängsten vieler Menschen – auch in den Gewerkschaften. Dies geht aus einer Studie der Freien Universität Berlin hervor, die im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung und der Otto-Brenner-Stiftung durchgeführt wurde. Rund 4.000 Menschen wurden im Rahmen der Studie „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“ befragt.

Jedes fünfte der etwa sieben Millionen Gewerkschaftsmitglieder hat demnach eine rechte Einstellung. „Rechtsextreme Einstellungen sind unter Gewerkschaftsmitgliedern in der Bundesrepublik genauso verbreitet wie unter Nichtmitgliedern“, meinen die Berliner Wissenschaftler. Also sind die Gewerkschaften nur ein Spiegel der Gesellschaft? Ganz so leicht kann man es sich dann doch nicht machen, denn es gibt in der Verteilung bemerkenswerte Unterschiede.

Ungelernte Arbeiter, die Gewerkschaften angehören, sind laut der Studie besonders anfällig für rechtes Gedankengut. 34 % von ihnen hätten eine rechte Gesinnung. Bei den nicht organisierten Kollegen seien es aber nur 18 %.

Genau umgekehrt sei die Verteilung bei Rentnern und Arbeitslosen. Hier würden Gewerkschaftsmitglieder viel seltener rechte Positionen vertreten.

In der Unterschicht (Einkommen bis 799 € netto) besitzen, so die Untersuchung, 28 % der Gewerkschafter und 33 % der Nichtorganisierten rechtes Gedankengut. Alarmierend werden die Zahlen in der Mittelschicht (Einkommen bis 1.499 € netto), aus der circa 50 % aller Gewerkschaftsmitglieder stammen: Bei den Mitgliedern seien es 19 %, bei den anderen nur 13. „Die maßgeblichen Trägergruppen der Gewerkschaften sind also besonders wenig immun gegen rechtsextreme Ideen“, stellen die Wissenschaftler fest.

Die Gründe liegen nach Meinung der Forscher in der „doppelten Abstiegsangst“: Als Arbeitnehmer drohe ihnen das Schicksal des sozialen, als Gewerkschafter das des politischen Verlierers.

„Eigenaktivität“ ist laut Forscherausgabe ein „starkes Bollwerk“ gegen rechte Einstellungen: Aktive Mitglieder und Funktionäre seien deutlich weniger rechts orientiert als der Durchschnitt. Hier will der DGB einhaken. Volker RoBocha, Leiter des Migrationsreferats im Bundesvorstand des DGB erklärt: „Wir müssen in den Gewerkschaften mehr Beteiligung ermöglichen.“

Weitere Infos: www.migration-online.de/rechtsex-gewerkschaften

50 JAHRE ANWERBEABKOMMEN

Kongress von ver.di und IG Metall

Der 50. Jahrestag des Anwerbeabkommens zwischen Deutschland und Italien 1955 war Anlass für die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und die IG Metall, gemeinsam auf fünf Jahrzehnte gewerkschaftlicher Migrationspolitik zurückzublicken – und natürlich nach vorn. Geschehen ist das auf der Konferenz „Wir bewegen uns“ am 23. und 24. Juni in Berlin.

„Das Anwerbeabkommen“ so der 1. Vorsitzende der IG Metall, Jürgen Peters; „war der Auslöser dafür, dass Deutschland ein Einwanderungsland wurde – auch wenn das bis heute viele nicht wahrhaben wollen“. Das Einwanderungsland Deutschland hat ein Gesicht – oder besser: viele Gesichter und Schicksale. So berichteten vier Migrantinnen und Migranten, was sie vom Leben erwartet haben und wie es kam. Eine Griechin, die am Band arbeitete, hat da etwas Italienisch, Spanisch und Jugoslawisch gelernt, aber kein Deutsch. Ein Portugiese erinnert sich, dass er und seine Kollegen bei der Ankunft auf dem Kölner Hauptbahnhof in Reih und Glied antreten mussten, wie beim Militär. Ein Türke, der zum Studieren nach Deutschland kam, hatte von seinem Großvater mit auf den Weg bekommen, dass die Deutschen die Türken lieben. Die Gewerkschaft war für sie immer auch ein Stück Heimat in einer für sie



„...es sind Menschen gekommen.“

neuen Welt. Und im Arbeitsleben hatten sie schon frühzeitig gleiche Rechte wie alle anderen, bei der Betriebsverfassung spielt der Pass keine Rolle – daran erinnerte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. Es gibt tausende von Betriebs- und Personalräten mit Migrationshintergrund. Allerdings räumte Bsirske ein, dass Ausländerinnen und Ausländer bei Gewerkschaftskongressen nicht annähernd ihrem Anteil in der Mitgliedschaft entsprechend vertreten sind, noch schlechter sehe es bei den Hauptamtlichen aus. Immerhin aber hat ver.di eine interkulturelle Öffnung eingeleitet.

Weiter Informationen unter: www.verdi.de

BILDUNGSANGEBOTE IM ZWEITEN HALBJAHR

Länderseminar Polen und mehr

Einen Überblick über das neue EU-Mitgliedsland Polen bietet das Seminar zur Länder- und Kulturkunde „Polen – das bekannte Fremde“, das vom 18.–23.09.2005 in Frankfurt/Oder stattfindet. Mit dem Beitritt Polens zur EU am 1. Mai 2004 sind neue Partnerschaften und Kooperationen möglich geworden. Das eröffnet neue Möglichkeiten, stellt aber auch Herausforderungen für die Menschen dar. Es gilt eine neue Kultur zu entdecken, bei der vie-

les fremd, vieles aber auch vertraut ist. Kommunikationswege müssen erschlossen werden, was damit beginnt, sich sprachlich verständigen zu können. Das Seminar ist ein Angebot aus dem Bildungsprogramm des Kompetenzzentrum Migration & Qualifizierung beim DGB Bildungswerk. Andere sind zum Beispiel Staatsangehörigkeitsrecht, Asyl- und Migrationspolitik in der EU oder auch interkulturelle Trainings.

www.migration-online.de
Telefon 02 11/43 01-1 41

KEIN BLEIBERECHT FÜR IN DEUTSCHLAND AUFGEWACHSENE KINDER

CDU-Länder kippen Vorschlag von Schily

Das von Bundesinnenminister Otto Schily vorgeschlagene Bleiberecht für seit langem in Deutschland lebende Kinder und ihrer Familien ist auf der Innenministerkonferenz in Stuttgart Mitte Juni am Widerstand der unionsgeführten Länder gescheitert.

Die Menschenrechtsorganisation PRO ASYL zeigt sich enttäuscht: „Künftig gilt weiterhin statt menschlichem Augenmaß und christlicher Werte das Prinzip: Kinder haften für ihre Eltern.“ Die Folge seien weiterhin Abschiebungen von Kindern und Jugendlichen, die seit fünf, zehn oder mehr Jahren in Deutschland leben. „Die Innenminister hatten die Chance, sich von ihrer Politik der

andauernden Realitätsverweigerung gegen alle humanitären Regelungen zu verabschieden“, meint PRO ASYL.

Auch das Aktionsbündnis „Hier geblieben!“ zeigt sich erbittert darüber, dass die Innenminister nicht bereit seien ein so „leicht nachvollziehbares Anliegen“ zu begreifen. „Die Innenminister haben gezeigt, dass sie ein gestörtes Verhältnis zur UN-Kinderrechtskonvention haben.“

Stattdessen gehen die Abschiebungen in so genannte „sichere Staaten“, wie Afghanistan und dem Kosovo unvermindert weiter. In Afghanistan toben die heftigsten Kampfhandlungen seit Jahren. Und im Kosovo würden die Minderheiten, laut PRO ASYL, „auf dem Altar der beginnenden Statusverhandlungen geopfert“.

EKRI – KOMMISSION GEGEN RASSISMUS UND INTOLERANZ

Berichte zu fünf Ländern

Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (EKRI) veröffentlichte Mitte Juni fünf neue Berichte über Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in den Ländern Albanien, Kroatien, Polen, Schweden und dem Vereinigten Königreich.

In Albanien stehen die Minderheiten der Roma und Ägypter im Zentrum des Berichts, die teilweise in der Öffentlichkeit marginalisiert und von den staatlichen Behörden vernachlässigt werden. Eine unverhältnismäßig große Zahl wird auch Opfer von Menschenhandel und -schmuggel.

In Kroatien ist das größte Problem die fehlende Bereitschaft zur Wiedereingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen.

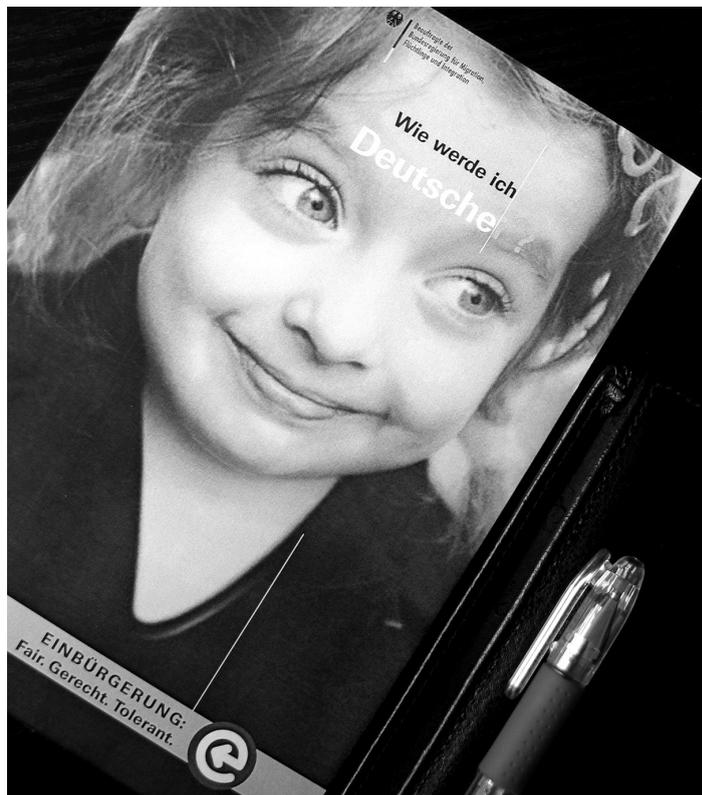
In Polen gibt es immer noch keine funktionierenden staatlichen Kontrollen und Verbote gegen Rassendiskriminierung. Hinweisen wird selten und

mit wenig Eifer nachgegangen und rassistische Publikationen, vor allem antisemitische, werden frei verkauft.

In Schweden beobachtet EKRI eine verstärkte Rassentrennung in Wohngebieten und in Schulen. Außerdem gibt es starke Aktivitäten von rassistischen Vereinigungen, vor allem im Internet.

Im Vereinigten Königreich wurde vor kurzem ein Programm gestartet, das die starren Strukturen im Zusammenleben – Einheimische auf der einen Seite, Migrantinnen und Migranten auf der anderen – auflösen soll. Trotzdem leiden ethnische Gruppen und Minderheiten unter Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Die EKRI-Berichte sind zu finden unter: www.migration-online.de/ecri-berichte



WEGWEISER ZUR EINBÜRGERUNG

Broschüre der Integrationsbeauftragten

Geburtsortsprinzip, Anspruchseinbürgerung, Ermessenseinbürgerung, Regelantrag für Ehegatten und Lebenspartner, doppelte Staatsbürgerschaft – Stichworte, mit denen sich Ausländerinnen und Ausländer konfrontiert sehen, wenn sie sich einbürgern lassen wollen. Einen Wegweiser durch Gesetze und Verwaltungsvorschriften bietet die Broschüre „Wie

werde ich Deutsche(r)?“, die in dritter überarbeiteter Fassung vor kurzem von der Integrationsbeauftragten herausgegeben wurde.

Bestellt werden kann die Broschüre bei:
Bauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration
53107 Bonn
Telefax 0 18 88/5 55 49 34

Weitere Informationen:
www.einbuergierung.de

RECHTSCHREIBSCHWÄCHE UNTER DER LUPE

Sprachliche Entwicklung türkeistämmiger Schulkinder

Die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen NRW (LAGA) hat eine Broschüre zum Thema Lese- und Rechtschreibschwäche von Migrantenkindern veröffentlicht. Halide Özkurt und Sevim Akkus haben gestützt auf existierende Daten und eigene Untersuchungen die sprachliche Entwicklung

von türkeistämmigen Schulkindern untersucht. Ein Ergebnis: Der Spracherwerb der Muttersprache unterstützt das Lernen und Beherrschen der deutschen Sprache.

Die Broschüre „Rechtschreibschwäche unter der Lupe“ kann bestellt werden bei:
LAGA NRW
Helmholtzstraße 28
40215 Düsseldorf
Telefon 011/99 41 60

FORUM 8

MIGRATION

BETRIEBLICHE AUSBILDUNGSPLÄTZE SCHAFFEN

KOMMENTAR

Ulrich Thöne
Vorsitzender der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft



Rund 200.000 junge Menschen haben 2004 – trotz des „Nationalen Pakts für Ausbildung“ von Wirtschaft, Bundesregierung und Bundesagentur für Arbeit (BA) – keine betriebliche Lehrstelle bekommen. Auch wenn die Pakt-Partner nichts unversucht lassen, ihre Initiativen schönfärberisch darzustellen: Die aktuellen Zahlen lassen vermuten, dass in diesem Jahr noch mehr junge Menschen keinen Ausbildungsplatz erhalten werden. Bis Juni hat die Wirtschaft noch einmal zehn Prozent weniger betriebliche Ausbildungsplätze angeboten als im Vorjahr. Das Lehrstellenminus betrifft besonders junge Migrantinnen und Migranten, Jugendliche mit niedrigem oder mittlerem Schulabschluss, Schulabgänger in be-

stimmten Regionen, v.a. im Osten Deutschlands, und junge Menschen, die sich bereits in den Vorjahren vergeblich um eine Lehrstelle bemüht haben. Dass die Wirtschaftsvertreter zeitgleich zu diesen verheerenden Zahlen die Chuzpe besitzen, ihr reduziertes Angebot mit der mangelnden „Ausbildungsreife“ der Jugendlichen zu begründen, ist zynisch. Es ist mehr als offensichtlich, dass die „Ausbildungsreife“ der Schulabgänger immer nur dann Konjunktur hat und als Alibi herhalten muss, wenn es an Lehrstellen mangelt.

Schnell sind die Arbeitgeber auch mit Schuldzuweisungen für die vermeintlich fehlende Vorbereitung der jungen Menschen auf den Beruf bei der Hand: Schulen und Lehrer kämen ihren Verpflichtungen nicht nach, auch die Eltern würden ihren Erziehungsauftrag vernachlässigen. Von der eigenen gesellschaftspolitischen Verantwortung für den Nachwuchs ist dagegen keine Rede, ganz zu schweigen von der betriebs- und volkswirtschaftlichen Kurzsichtigkeit dieses Handelns.

Schulabgänger haben heute andere Kompetenzen als dies früher der Fall gewesen ist. In einigen Bereichen mögen sie auch nach ihrer Schulzeit noch Förderbedarf haben. Andererseits bringen die jungen Menschen Fähigkeiten mit, die früher erst in der Lehre ausgebildet worden sind: Z.B. inter-

kulturelle Kompetenzen, die Beherrschung mehrerer (Fremd-)Sprachen, der Umgang mit modernen Kommunikationsmitteln und die Kompetenz, komplexe Probleme zu lösen. Nicht nur die PISA-Ergebnisse zeigen, dass statt einer pauschalen Kritik – nichts anderes ist das Etikett „nicht ausbildungsreif“ – ein differenzierter Umgang mit den Stärken und Schwächen der jungen Menschen notwendig ist. Die GEW spricht sich daher für ein Fünf-Punkte-Sofortprogramm zur Förderung junger Menschen unter 25 Jahren aus (siehe auch www.gew.de). Es soll die jungen Menschen qualifizieren und für ihre berufliche Integration alle Akteure wie Wirtschaft, Schulen, Kommunen, Länder, die Bundesregierung und die BA in die Pflicht nehmen.

Nicht nur angesichts der demographischen Entwicklung, des zu erwartenden Facharbeitermangels und der stetig zunehmenden Anforderungen der Arbeitswelt kann es sich ein reiches Land wie die Bundesrepublik nicht länger erlauben, so vielen jungen Menschen den Einstieg in den Beruf und damit ihre Chance, sich in unsere Gesellschaft zu integrieren, zu verbauen. Alle Akteure müssen sich bemühen, diese jungen Menschen zu fördern und ihnen eine qualifizierte Ausbildungs- und/oder Arbeitsstelle zur Verfügung zu stellen.

Gedenken an die Seelen Verstorbener; es ähnelt Allerseelen.

16.08 –18.08. Andenken an Haci Bektas Veli

Begehen die anatolischen Aleviten in Hacibektas im Gedenken an den Gründer ihrer Konfession.

19.08. Janai Purnima

Hinduistisches Fest („Fest des heiligen Bandes“). An diesem Tag zelebrieren männliche Hindus, hauptsächlich Brahmanen und Chettris, den Wechsel ihres „Janai“ (gelber Baumwollstreifen), das sie um Hüfte oder rechtes Handgelenk tragen. Es wird ihnen

während der „Bratabandhan“ verliehen und ist ein Symbol für Männlichkeit, Körper, Sprache und Bewusstsein. **19.08. Raksha-Bandhan** Hinduistischer Festtag („Schutzband“), wenn Männer, Frauen und Kinder, unabhängig von Stand oder Kaste, ein heiliges gelbes Band um ihren Arm tragen, Männer um das rechte, Frauen um das linke Handgelenk. Es soll erst drei Monate später, an Laxmi Puja, entfernt werden und einer Kuh um den Bauch gebunden werden. Wenn der Träger stirbt, hilft ihm diese Kuh über den Totenfluss „Bhaitarna“.

GEFÖRDERT DURCH



Bundesministerium
des Innern



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

DGB Bildungswerk
Vorsitzender: Dietmar Hexel
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Leo Monz

KOORDINATION

Michaela Dälken

REDAKTION

Bernd Mansel
(Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

LAYOUT

Gitte Becker

DTP/REINZEICHNUNG

Gerd Spliethoff

DRUCK UND VERTRIEB

WAZ-Druck, Duisburg

ERSCHEINUNGSWEISE

Monatlich

BESTELLADRESSE

PROWERB

Werbe- und Versand-Service GmbH
Huissener Straße 7-9
47533 Kleve

Telefax 0 28 21/72 18-25

E-Mail info@prowerb.de

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

DGB Bildungswerk
Kompetenzzentrum

Migration & Qualifizierung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

Telefon 02 11/43 01-1 88

Telefax 02 11/43 01-1 34

migration@dgb-bildungswerk.de

www.migration-online.de

FEIERTAGE



Die folgenden Feiertage werden von verschiedenen Religionen oder Nationalitäten im August begangen. All jenen, die feiern, wünschen wir alles Gute.

15.08. Bon

Ein japanisch-buddhistisches Fest im